

„Das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“

Kurz gefasste Grundlinien, wie ich sie herausgelesen habe.

„Das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ (WB) will auf Jahre hinaus die Sicherheitspolitik der Bundesregierung definieren. Es ist aber eine Vorlage des Bundesministeriums für Verteidigung.

Entscheidender „Trick“ – so kann ich das nur verstehen – ist dabei, dass der zentrale Begriff „Sicherheit“ nirgendwo definiert sondern offensichtlich bewusst diffus dadurch umschrieben wird, wo alles in der Welt und zu Hause Gefahren lauern, und damit allumfassend gehalten wird. So fehlen meistens bei der Verwendung des Begriffs „Sicherheit“ und der mit ihm zusammengesetzten Worte die unbestimmten und erst Recht die bestimmten Artikel. Bis fast an das Ende des Weißbuches wird nicht zwischen innerer und äußerer Sicherheit unterschieden. Im Gegenteil, es wird so getan und an einigen Stellen explizit behauptet, diese hänge untrennbar miteinander zusammen. Als Beleg dafür muss natürlich „der Terrorismus“ herhalten, der von außen gesteuert aber z.T. von Inländern ausgeführt werde. Dass Verbrechen längst auch grenzüberschreitend geplant und durchgeführt werden, ist ja nun wirklich kein neues Phänomen, das dazu führen müsste, dass man die Unterschiede zwischen militärischem Angriff und Bandenkriminalität verwischt. Z.B. die Mafia hat aus Italien schon längst ihre Ableger in andere Länder, auch in Deutschland, etabliert und steuert hier Verbrechen, wie aktenkundig und gerichtsnotorisch ist. Auch die RAF u.a. haben grenzüberschreitend agiert. Dennoch wurden sie mit polizeilichen Mitteln bekämpft. Z.T. mit solchen Spezialeinheiten wie die GSG 9. In dem WB wird aber dauernd suggeriert, dies sei Aufgabe der Streitkräfte.

In den langen Beschreibungen von Gefährdungen wird eine diffuse Angst geschürt, was alles unsere Lebensweise beeinträchtigen könnte. Da tauchen die Alterung der deutschen Gesellschaft genauso auf, wie Pandemien, als sei die Gesundheitspolitik Sache des Verteidigungsministeriums, Klimawandel, Migration oder das Internet, aus dem heraus die Infrastruktur angegriffen und / oder die Meinungsbildung in der Bevölkerung gesteuert werden könnten – was als „hybride Kriegsführung“ bezeichnet wird. Dabei wird so getan, als wäre Kriegspropaganda und das absichtsvolle Zusammenspiel von Taten, Worten und Bildern ein neues Phänomen in der Geschichte. Das diese Formen der Auseinandersetzungen nicht mehr primär über das Radio (z.B. RIAS Berlin) laufen, sondern elektro- und Kommunikationstechnisch up to date sind, ändert an der alt bekannten Methode ja nichts Prinzipielles. Auch der abnehmende Anteil der Deutschen an der Weltbevölkerung und der deutschen Wirtschaft an der Weltwirtschaft wird in dieses Szenario der allgemeinen Bedrohungslage aufgenommen.

Ganz entscheidend ist auch, dass die Welt allgemein als krisenhaft beschrieben wird und Deutschland werde davon in der ein- oder anderen Weise betroffen, weil Deutschland weltweite Interessen habe und Deutsche überall gefährdet werden könnten. So wird immer wieder auf zerrüttete Staaten verwiesen oder solche, denen es an „guter Regierungsführung“ mangle. Zentral für die Aufrüstung werden die Annexion der Krim und die Unterstützung der Milizen in der Ostukraine durch Russland als Wendemarke der Außenpolitik angeführt.

Dieses allgemeine Szenario der Gefährdung aus allen Lebensbereichen und aus aller Welt wird in schier endlosen Schleifen wiederholt.

Die Absicht ist offensichtlich, damit zu begründen, dass die Bundeswehr weltweit, auch im Inneren, und in allen Lebensbereichen eingesetzt werden müsse. Das Verteidigungsressort deswegen eine zentrale Stelle für alle möglichen Politikbereiche habe bzw. bekommen müsse. Insbesondere auch beim Zusammenspiel mit der Wirtschaft und mit Nichtregierungsorganisationen. Ja, die ganze Gesellschaft müsse abwehrfähig gemacht werden. Dabei taucht immer wieder das Wort „Resilienz“ auf. Diese Forderung nach Ertüchtigung hat schon den Hauch von Militarisierung der Gesellschaft.

Die allgemeine außenpolitische Richtung ist: Weil Deutschland ein abnehmendes Gewicht durch schnelleres Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft anderswo in der Welt droht, muss es mit allen u.a. auch militärischen Mitteln seine Interessen geltend machen, und die Welt nach ihren Vorstellungen gestalten. Dabei soll sie, wie immer wieder betont wird, auch die Führung übernehmen. Natürlich werden scheinbar menschenfreundliche Ziele u.a. solche wie „gute Regierungsführung“ genannt. Die Bundeswehr ist nicht mehr nur zur Abwehr von äußeren Gefahren da, sondern betreibt **Weltpolitik** und wird deswegen zum Zentrum der Außenpolitik. Sie will auch im Austausch und unter Einbeziehung der Wirtschaft, die Gesellschaft auf diese geänderte Politik vorbereiten.

Zwar wird im entsprechenden Kapitel betont, D wolle die internationalen Institutionen, insbesondere die UNO, ihr Unterorganisationen und die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen stärken. Aber im nächsten Satz wird schon darauf hingewiesen, dass D zunehmend mit bi- und multinationalen Abkommen auch militärisch eingreifen und dabei durchaus auch die Führung zu übernehmen bereit ist.

Das WB ist gleichzeitig der **Machtanspruch** von der Leyens unter den Ministerien nicht nur ein Fachressort zu vertreten, sondern eine zentrale Stellung einzunehmen, das in alle anderen Bereiche mit hinein regiert – immer unter dem übergreifenden Begriff Sicherheit. Natürlich braucht sie dafür mehr Soldaten und mehr Haushaltsgelder für Aufrüstung.

Die damit angekündigte Aufrüstung (Ziel 2% des Bruttoinlandsproduktes für Militärausgaben, davon 20% für „Investitionen“ sprich Waffenkäufe) würde bei einer neuen Wirtschaftskrise die sachliche Begründung liefern, um „Rechts - Keynesianismus“ zu betreiben. Die Staatsausgaben auf Pump würden nicht „sozialen“ Projekten zufließen (z.B. sozialer Wohnungsbau entspräche dem „Links- Keynesianismus“), die vielleicht die Kosten der Arbeit somit steigern könnten, sondern reinen Staatskonsum darstellen, von dem niemand sagen würde, das Geld könnte man doch direkt den Beschäftigten geben.

Am Ende des WB wird die rechtliche Situation beschrieben, dass die Bundeswehr nur in sehr eng begrenzten Fällen und dann auch nur für wenige Aufgaben im Inneren der BRD eingesetzt werden darf. Bei der Beschreibung der umfassenden Gefährdung der Sicherheit provoziert das natürlich die **Forderung nach Änderung des Grundgesetzes**. Diese wird in dem WB nicht erhoben. Aber so wie das WB konzipiert ist, ist v.d.L. die Büchsenspannerin für diese Diskussion, die dann natürlich auch gleich von der CDU/CSU vom Zaun gebrochen worden ist¹.

Insgesamt betrachtet ist das **WB ein imperialistisches Machwerk**, eine die imperialistische Politik begründende Schrift, die bewusst auf die Innenpolitik übergreift und die Gesellschaft darauf zurichten soll. Die Interpretation der Präambel des Grundgesetzes im WB, dass Deutschland dem Frieden in der Welt zu dienen habe, dahingehend, dass Deutschland die Welt auch mit Waffengewalt zu befrieden habe, ist im Gedenken an den historischen Zusammenhang schon fast kurios, aber mehr noch erschreckend.

Auf einer anderen Seite dieser Homepage steht das Weißbuch 2016 in von mir kommentierter Fassung. Der unterlegte Text ist das Original. Alle gelben Markierungen und Anmerkungen („Rainer 3“) sind von mir.

Warum steht in dem Weißbuch nicht:

Deutschland hat absehbar keine äußeren Feinde, die die territoriale Integrität militärisch bedrohen wollten. Deutschland ist von Verbündeten umgeben. Soweit sie nicht der NATO angehören, sondern neutral sind, sind es demokratische Rechtsstaaten und es gibt exzellente außenpolitische Beziehungen mit ihnen und sie sind enge Wirtschaftspartner. Absehbar droht von nirgendwo her eine militärische Bedrohung der Bundesrepublik.

Sollten sich diese gute Lage eines Tages ändern, so wäre es möglicherweise zu spät, erst dann Streitkräfte aufzubauen. Und durch die heute so weit tragenden und verheerenden Waffen könnte auch von weit jenseits der deutschen Grenzen Drohungen mit unakzeptablen Verletzungen und Zerstörungen, ja mit dem Untergang Deutschlands, ausgesprochen werden. Dagegen könnte sich Deutschland nur im Bündnis mit anderen wehren. Solche Bündnisse können aber nicht ad hoc hergestellt werden. Ein militärisches Bündnis beruht auf Gegenseitigkeit. Wenn Deutschland will, dass die Verbündeten das deutsche Gebiet mit verteidigen, so muss D auch bereit sein, deren Territorien vor Angriffen zu schützen. Diese Bündnisse sind die NATO und die EU.

Aber auch die Territorien der NATO-Partner werden nicht bedroht. Weder sind in Nordamerika noch in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU Mächte erkennbar, die die Absicht haben, einen Mitgliedstaat der NATO anzugreifen, oder gar die Fähigkeit haben, es mit der NATO aufzunehmen. Umgekehrt verletzen

¹ Der ehemalige Verteidigungsminister und Bundesverfassungsrichter Rupert Scholz (CDU) u.a. begründet mit denkbaren Anschlägen mit chemischen Substanzen (genannt „terroristische Großlagen“) diese Forderung, weil nur die Bundeswehr die Mittel habe, darauf zu reagieren. Dabei verschweigt er, dass natürlich jede größere Berufsfeuerwehr auf Unfälle mit chemischen Substanzen vorbereitet ist. Und die nuklearen Anlagen in der Bundesrepublik selbstverständlich auch über das Fachwissen und die Ausrüstung verfügen, um mit radioaktiven Substanzen, die außer Kontrolle geraten, umzugehen und sie einzudämmen. Dieses Übergreifen in die innerdeutschen Sicherheitsstrukturen wird auch vielfach in Beziehung zu den Gefahren aus dem „Cyberraum“ wiederholt, dass die aus dem Ausland kämen und die Unterscheidung zwischen inneren und äußeren Gefahren nicht getroffen werden könnte. Dabei gibt es beim Innenministerium das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), das selbstverständlich auch die Gefährdung von außen im Blick hat. Ganz am Ende des WB wird dann eingeräumt, man müsse sich auch mit anderen Ressorts abstimmen.

NATO Mitglieder ständig oder immer wieder die territoriale Integrität von Nachbarn und anderer Staaten und töten dort deren Bürger (z.B. USA, RF, GB, BRD und Türkei in Syrien, Türkei im Irak, USA mit ihren Drohnen in Pakistan, Jemen, Somalia und wer weiß wo sonst noch. Der einmalige versehentliche Raketenfehlschuss aus dem Bürgerkriegsland Syrien auf die Türkei hat massive Reaktionen des Bündnisses hervorgerufen.). Die auch im WB angesprochene Auseinandersetzung über das südchinesische Meer liegt weit jenseits der NATO – Schutzgebiete. Die NATO hat dabei auch kein Mitspracherecht, auch wenn ein NATO-Mitglied (USA) in diese Auseinandersetzung zentral verwickelt ist, geht es ja nicht um US amerikanisches Territorium.

Die osteuropäischen Verbündeten sehen sich allerdings potentiell bedroht. Die jüngste Erfahrung des bewaffneten Konfliktes in der Ukraine und anderer Staaten, die ehemals zur Sowjetunion gehört haben, lässt sie Szenarien entwickeln, in denen auch ihre territoriale Integrität durch das Zusammenwirken von inneren und äußeren Kräften in Frage gestellt werden könnte. Die NATO-Partner haben ihnen ihre Bündnistreue mehrfach versichert und durch entsprechende militärisch demonstrative Akte auch untermauert. Deutschland beteiligt sich an dieser demonstrativen Betonung ihrer kollektiven Verteidigungsbereitschaft und Abwehrwillens. Diese Angst weist aber auch darauf hin, dass die von den osteuropäischen Regierungen an die Wand gemalten Gefahren, die ihrer Darstellung nach auch aus dem Inneren ihrer Gesellschaften drohen, nicht militärische Gefahren sind und daher auch nicht mit militärischen Mitteln oder gar mit Bündnistruppen bekämpft werden können, sondern mit Integration aller Bevölkerungsteile.

Es gibt viele mit militärischen Mitteln ausgetragene Konflikte in der Welt. Überwiegend handelt es sich dabei um Bürgerkriege wie z.B. in Syrien. Sie stellen aber keine militärische Gefahr für Deutschland oder ihrer Bündnispartner dar. Gegenüber der mehr abstrakten Gefahr, dass der Bündnispartner Türkei von Syrien aus der Luft gezielt mit politischen Absichten angegriffen wird, hat die Bundeswehr ein Bataillon mit Luftabwehrraketen dorthin entsandt.

Afghanistan und weltweite Einsätze der Bundeswehr haben die Welt nicht sicherer gemacht. Erst Recht nicht solche Interventionen der Verbündeten. Im Gegenteil. Mehr als zehn Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan und in anderen Weltgegenden haben die Situationen dort nicht befriedet.

Bürger der Bundesrepublik und anderer Nationen werden in ihrem Grundrecht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit und Eigentum auf offenem Meer durch Piraten vornehmlich vor der ostafrikanischen Küste bedroht. Deutschland beteiligt sich mit seiner Bundesmarine in der Aktion Atalanta daran, diese Gefahren abzuwenden. Es ist nicht Aufgabe des WB über die Ursachen der Piraterie sich auszulassen und die Bundeswehr hat nicht die Aufgabe und Mittel, mögliche Ursachen zu bekämpfen. Sie hilft nur, die den deutschen und verbündeten Bürgern dort unmittelbar drohenden Gefahren zu mindern.

Die Bundeswehr muss zusammen mit den Bündnispartnern ihre Streitkräfte technisch und personell so vorbereiten, dass sie bei sich entwickelnden Gefahren relativ schnell ihre Truppenstärke aufstocken kann und auch gegen aus dem Internet mit neuer Technik vorgetragene Angriffen gewappnet ist.

Bandenkriminalität, auch solche mit ideologischem Hintergrund, muss mit polizeilichen Mitteln bekämpft werden. Die Strukturen und Institutionen dafür gibt es in Deutschland und bei der internationalen Zusammenarbeit der Polizeikräfte. Sollten sie gegenüber wachsenden Gefahren zu schwach sein, so wären diese zu verstärken.

Militärische und kriminelle Gefährdung aus dem Ausland sind immer noch zwei unterschiedliche Paar Schuhe und bedürfen unterschiedlicher Mittel, sie einzudämmen.

Es gibt keinen Anlass, die Friedensdividende durch herbeireden zunehmender äußerer militärischer Gefahren aufzubrechen. Es geht vielmehr darum, das durch Finanzkrise, Arbeitslosigkeit, zunehmende soziale Spaltung usw. in Verruf geratene Modell Europa wieder so attraktiv zu machen, dass zunächst die Bürger es für verteidigungswürdig halten (und es nicht abstreifen wollen, wie die Mehrheit der Engländer). Dann würden sich auch wieder mehr andere Menschen auf der Welt an diesem Modell orientieren und ihm nacheifern, um ein gutes Leben in Freiheit führen zu können.